

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckschrift: Nachrichten Dresden.
Fernpreis: Sammelnummer 25 241.
Aus für Nachgelese: 20011.

Bezugs-Gebühr bei gälicher Zugang in Dresden oder durch die Post monatlich M. 1050.—
Einzelpreise M. 50.— Sonntagsausgabe M. 70.—
Die Lippe 100.— außerhalb Sachens M. 125.— Namens-
anzeige und Stempelglocke unter Weißlot jeden weiteren Abdruck M. 40.—
Vorlesungssätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Wiegels & Reichert in Dresden.
Postleitz.-Numm. 1068 Dresden.

Wiedruck nur mit deutlicher Quellenanfrage „Dresdner Nachr.“ zulässig. - Unterlaende Schriftilde werden nicht aufgewehrt.

Dresdner Privat-Bank
Fernspr. 22205, e. G. m. b. H.
22336, 22866 Dresden-A., Grunaer Straße 22336, 22866
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Kapital und Haftsumme 150 Millionen Mark

Koffer
Enferlein
Waffen-
hause 23

KONDITOREI UND CAFÉ
UHLICH 2 Min. vom
Hauptbahnhof.
Strehlener
3 Straße 3
Hervorragendes Konditorei-Büfett

Bochum von den Franzosen besetzt!

Überiegelung des ganzen Industriegebiets. — Blutvergießen in Bochum. — Auch gegen Barzahlung keine Kohle für Frankreich. Die halbstündige Protestruhe. — Memel von den Litauern besetzt.

Die Besetzung der öffentlichen Gebäude Bochums.

Essen, 15. Jan. Heute mittag ist Bochum von den Franzosen besetzt worden. Nachdem um 11½ Uhr der Bahnhof durch eine mit der Eisenbahn von auswärtigen aus gesommene Abteilung besetzt worden war, erfolgte um 12 Uhr die Anzug weiterer Truppen. Das Rathaus, Post- und Telegraphenamt wurden besetzt. (W. T. B.)

Essen, 15. Jan. Die Vormarschabteilungen der Franzosen werden nunmehr rasch durchgesetzt. Durch das ganze Industriegebiet und bis an die Tore Dortmunds sind im Laufe des heutigen Tages die französischen Kolonnen vorgestossen. Die Oberbürgermeister der besetzten Ortschaften sind sämtlich den fremden Einwohnern mit erhöhter Würde entgegengetreten. Sie haben den schärfsten Protest gegen die widerrechtliche Besetzung eingeleitet. In Bochum soll nach Ankündigung des französischen Generals ein Reglement untergebracht werden. Bestimmt als beladen werden bisher von Deutschen Langdresdner, Witten, Herne, Recklinghausen und Wetter a. d. Ruhr gemeldet. Es verlautet, daß die Grenzlinie des neuerrichteten Gebietes zwischen Sünen und Schwerte verlaufen wird. Damit würde das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet von französischen Truppen umschlossen sein.

Quartiermacher in Dortmund.

Dortmund, 15. Jan. Am neubesetzten Buer sind zwei französische Offiziere, zwei Unteroffiziere und zwei Mann eingetroffen. Der Ort Mengede, 10 Kilometer von Dortmund entfernt, ist von einer starken Abteilung Franzosen besetzt worden, ebenso Münster.

Der französische Kriegsbericht.

Paris, 15. Jan. Das Kriegsministerium veröffentlicht über die militärische Lage im Ruhrgebiet folgenden Bericht: Die französischen Truppen im Ruhrgebiet und in Düsseldorf leiten die Durchführung des vorliegenden Planes fort und sind heute vormittag in allgemeiner Richtung auf Bochum vorgerückt. Heute abend werden sie sich auf der Linie Werden, Dattingen, Herne, Heinrichenburg, Gladbeck, Bottrop befinden und sind in Rücksicht mit der belgischen Abteilung stehen. An dieser kommandiert General Heurich, im Norden General Garon. (W. T. B.)

Italien nicht in der Räubergesellschaft?

Rom, 15. Jan. Wie hier verlautet, ist bisher noch kein italienischer Ingenieur oder irgendein anderer Beamter im Auftrage der Regierung von Italien nach dem Ruhrgebiet abgereist.

Französische Schüsse in eine demonstrierende Menge.

Ein Mann ist mehrere verletzt. Bochum, 15. Jan. Heute abend standen hier große politische Kundgebungen statt. Eine viertausendstöckige Menge zog vor das Rathaus, wo der französische General vorsichtig untergebracht ist, und stimmte das Deutschlandlied und andere patriotische Lieder an mit Hochrufen auf die deutsche Republik. Dann verantworte die Menge einen Zug durch die Straßen der Stadt. Eine Abteilung kommt unwillkürlich Jungen brachte in einer Kundgebung Schüsse auf die dritte Internationale und auf die kommunistische Jugend Frankreichs aus. Die Schüsse hatte keinen Einschlag auf die Menge. Gegen 8 Uhr kam es am Bahnhof an einem Zusammenstoß mit französischem Militär. Das Militär jedoch schaute, töte einen Mann und verletzte mehrere. (W. T. B.)

Zwischenfälle in Buer.

Essen, 15. Jan. Im neubesetzten Buer wurde, wie von französischer Seite der deutschen Polizei mitgeteilt wurde, auf französische Truppenpatrouille mit Steinen geworfen, so daß den Truppen für den Wiederholungshalt bereiter Waffengebrauch anbeschert worden ist. Außerdem verlangt der französische Befehlshaber die Bestrafung des Polizeidirektors von Buer. (W. T. B.)

Eine würdige Demonstration in Essen.

Essen, 15. Jan. Heute vormittag zw. nach Ablauf der halbstündigen Trauerstunde eine größere Menschenmenge vor dem Hotel Kaiserhof, das von der Besatzungsbehörde requirierte ist, und stimmte dort das Deutschlandlied und andere patriotische Lieder an. Es ereigneten sich keinerlei Auseinandersetzungen. Die Besatzungsbehörde bestätigt an die deutsche Polizei das Anstreben, die Täter dieser Demonstration ausfindig zu machen und zu verhaften. (W. T. B.)

Das Haupthindernis der österreichischen Sanierung.

Wien, 12. Januar.

Von unserem Wiener Mitarbeiter.
In den nächsten Tagen wird in Österreich eine politische Sache viel Staub aufwerfen: Die Waffeliebe häuft aus dem Wiener Arsenal. Diese Diebstähle bilden eine schwere Belastung für die Sozialdemokratische Partei Österreichs und speziell für das Sozialen der gemeinschaftlichen Antiken. Man denkt: Seit Jahr und Tag töbt ein beständiger Kampf um den Begriff der Gemeinwirtschaft, der in Deutschland längst erledigt ist. In Österreich aber hat sich der schlechte Volksdemokrat bisher gut behauptet und dank der kompromissfreudlichen Haltung der bürgerlichen Koalitionsregierung sogar die staatliche Finanzverwaltung sich dienstbar gemacht. Nun erst wurden für die Unterstützung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe 70 Milliarden Kronen bewilligt, ein Betrag, der seit Einführung der Notenpresse nicht so leicht aufzubringen war. Nun stellt sich heraus, daß mit Wissen der wirtschaftlichen Leitung des Arsenals und zum Teil auch der sozialdemokratischen Parteileitung über 2000 dorthinfließt erzielte, erstaunliche Revolver weggebracht und zur Ausstattung der Arbeiterwehren in Wien und in Tirol verwendet wurden. Die Sache kommt auf: zunächst versucht man die Affäre durch ein Parteidiktat zu verhindern, zumal die bürgerlichen Wähler es nur schwer verstanden hätten, wieviel man einem Betrieb 70 Milliarden Steuergelder bewilligt, daß daraus Revolver angefertigt werden, die sich gegen die Bürger selbst fehren. Die ganze Sache ist um so aktiver, als gerade jetzt die Sozialdemokraten eifrig bestrebt sind, ihre bisherigen Erfolge auf dem Gebiete der Sozialisierung durch die Schaffung eines Bundesamtes für gemeinschaftliche Anstalten gefestigt zu verankern. Wenn jetzt der Arsenaler Revolveraffaire die bürgerlichen Parteien hier auch nachziehen, dann arbeiten sie sich selbst das Grab.

Überhaupt ist nicht zu erkennen, daß die ganze wirtschaftliche Gesellschaft in Österreich seit 1919 von einem starken sozialistischen Grundton beeindruckt ist, gleichzeitig ob die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen oder nicht. Für die jetzt in Angriff genommene Sanierungsaktion ist dies natürlich sehr bedeutsam. Auf allen Gebieten, in der Grund- und Bodenpolitik, in der Wohnungspolitik, in der Industriepolitik, überall finden wir das dortwährend jenseit verhältnismäßigen sozialen Leitmeinungen, die ja zumeist, da sie sich sofort als unverzuhörbar erwiesen, nur mehr als grame Theorie fortbestehen, die aber, einmal in der Gesellschaft verankert, doch dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs die schwersten Hemmnisse in den Weg legen werden. Wenn man bedenkt, daß das heutige Österreich dieselbe Arbeiteranzahl hat wie das viel stärker bevölkerte Böhmen, so daß es sogar über viel mehr Pferdestärke verfügt; wenn man bedenkt, daß Österreich nur wenig unproduktive Bodenfläche und mehr Betriebsland und Bodenschäfte, mehr Kohle und Wasserkraft, überwiegend mehr Industrie, aufweist als die Schweiz und dann wieder sich das Tarnleder liegen der österreichischen Politikwirtschaft gegenüber der inneren Freiheit der tschechischen oder slowenischen Volkswirtschaft betrachtet, dann wird sich von selbst die Frage auf nach dem „Warum“: die einzige Antwort darauf ist der schlechteste Volksbewußtsein in der österreichischen Wirtschaftsgesellschaft.

Betrachten wir zunächst die Grund- und Bodenpolitik. Es ist selbstverständlich, daß in einem Gemeinschaftsbesitz unmisslich ist, daß er angemessen öffentlichen Interessen umgedeutet wird, daß die Wohnverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung Grundstücke und dazu gehörige Gebäude entzogen werden können. Als Folge dieses Gesetzes erhabt sich eine ganze Art von Enteignungsansuchen, die zum größten Teil auch durchgeführt werden, ohne daß die entzogenen Grundstücke binnen der gesetzlich festgesetzten Frist mit Kleinwohnungen verbaut wurden. In die gleiche Kategorie gehört das sogenannte Spielplatz-Schulgesetz, demnachfolge die Vermietung von Grundstücken, die als Spiel-, Sport- oder Turnplätze für den Betrieb von Körperpflege und Leibesübungen in gemeinnütziger Weise verwendet werden müssen vollkommen entzogen werden. Bis her haben die

Keine deutsche Kohle für Frankreich und Belgien.

Verbot des Reichs-Kohlenkommissars.

Berlin, 15. Jan. Bei den Besprechungen, an denen die Franzosen am 13. d. M. die Bedenken der nach Essen geladen hatten, haben diese sich bezüglich etwaiger Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien ausdrücklich vorbehalten, daß solche Lieferungen nur gegen Barzahlung erfolgen könnten und daß nicht entgegengesetzte Verkündigungen des Reichs-Kohlenkommissars erlassen würden. Der Reichs-Kohlenkommissar hat, nachdem er von diesen Verhandlungen Kenntnis erhalten hatte, unter dem 13. d. M. mit Rücksicht auf den französischen und belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet ausdrücklich die Lieferung von Kohlen und Rosas an Frankreich und Belgien als für den Fall der Bevorstzung und Barzahlung durch diese Staaten telegraphisch verboten. (W. T. B.)

Essen, 15. Jan. Auf das Telegramm des Reichs-Kohlenkommissars hin haben sämtliche Reichen sofort die Kohlenlieferung an Frankreich einzustellen lassen. (W. T. B.)

Überreichung eines schriftlichen militärischen Befehls.

Essen, 15. Jan. Bei den heutigen Besprechungen zwischen den französischen Bevollmächtigten und den Vertretern der deutschen Verbände wurde von deutscher Seite den Franzosen vom Telegramm des Reichs-Kohlenkommissars Kenntnis gegeben und mitgeteilt, daß daranhin die Reichen die Kohlenlieferung an Frankreich und Belgien eingestellt hätten. Möglicherweise werden die anwesenden deutschen Vertreter gestraft, ob sie für die von ihnen vertretenen Reichen verantwortlich seien. Als die Frage bejaht wurde, wurde einem jeden gegen Entlastung ein schriftliches militärisches Befehl ausgestellt, die Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien sofort wieder anzunehmen. Am Namen der deutschen Vertreter erklärte Reich Thysen, daß diese Befehle keine Folge gegeben werden würde. Wir sind Deutsche, sagte Thysen, und stehen auf dem Standpunkt, daß wir nur den deutschen Gelehrten unterwerken. Der französische Vertreter erklärte daranhin die Versammlung für geschlossen. (W. T. B.)

„Requisition“ der Bergwerke?

Paris, 15. Jan. Wie „Tempo“ mitteilt, wurde in der heutigen Ministerkonferenz beschlossen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihre Haltung nicht ändern, die Kohlen- und Rosamengen, die für die Reparationen erforderlich seien, sich durch Requisitionen zu verhaften. Die Angelegenheit wäre dann nicht mehr allein Sache Ingenieurskohle, es hätte General Degoutte einzutreten. (W. T. B.)

Der Reichskohlenkommissar Ehrendoktor in Charlottenburg.

Berlin, 15. Jan. Die Blätter meiden: Der Reichskohlenkommissar Sintz ist auf einstimmigen Beschluss von Rektor und Senat der Technischen Hochschule von Berlin-Charlottenburg zum Doktor-Ingenieur ernannt worden.

Frankreich erhebt die Kohlenssteuer.

(Siehe Druckschrift der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 15. Jan. Nach Meldungen der französischen Presse werden die Franzosen von Mittwoch an in den besetzten Teilen des Ruhrgebietes und auf dem linken Rheinufer die Kohlenssteuer erheben. Hierdurch will man die Gegenmaßnahmen der deutschen Regierung unverzüglich machen. Die Erhebung der Kohlenssteuer soll dazu dienen, die Reichen auszuholen, wenn tatsächlich die Reichsbarkeit sich weigert sollte, weiterhin Zahlungsmittel nach dem Ruhrgebiet zu schicken. Ein Erfolg des französischen Kommissars in dem besetzten rheinischen Gebiete, Tirard, wird den Führer der technischen Kommission Berlin, Göte die notwendigen Vollmachten für diese Maßnahmen verleihen. Die zu erhebenden Abgaben werden 40 Prozent auf die Kohle und 10 Prozent auf den Gewinn betragen. Dem „Petit Parisien“ aufsche ist es wahrscheinlich, daß wenn die Reichsbank nicht die genügenden Zahlungsmittel zur Auszahlung der Arbeiter nach dem Ruhrgebiet sendet, noch weitere Anwangen machen werden. Insbesondere scheint man daran zu denken, einen Appell an die lokalen Banken zu richten, um ein lokales Notgeld herauszubauen.

Tirard bei Poincaré.

Paris, 15. Jan. Nach Meldungen der französischen Kommission im besetzten Gebiete, Tirard, in Paris angelangt und heute vormittag von Poincaré empfangen worden. (W. T. B.)

Überhöchstensverweigerung im Ruhrgebiet.

Berlin, 15. Jan. Nach einer Bildung des „Borwärts“ aus Essen weigern sich die Bergarbeiter, anlässlich der Belieferung des Ruhrgebietes von heute auf Überschüttungen zu verzichten. Diese Weigerung erstreckt sich nur auf das neu belebte Gebiet.

Dollar (Amtlich): 11875

Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 14050